

ALBANIEN

Gewerkschaftsmonitor

April 2022

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Die politische Lage Albaniens ist von einer starken Regierungsmehrheit der Sozialistischen Partei (SP) um Premierminister Edi Rama und einer schwachen, fragmentierten Opposition aus Demokratischer Partei (DP) und Sozialistischer Bewegung für Integration (LSI) geprägt. In den vergangenen 30 Jahre bestand in Albanien eine tiefe Polarisierung zwischen den politischen Lagern, zuletzt besonders ausgeprägt in einem Parlaments- und Kommunalwahlboykott der Opposition von 2019 bis zu den allgemeinen Wahlen im Jahr 2021. Seit der Konstituierung des Parlaments im September 2021 sind zwar alle Parteien wieder im Parlament vertreten, die DP aufgrund einer internen Spaltung aber annähernd handlungsunfähig. Die Machtfülle der SP, die mit ihrer absoluten Mehrheit der Abgeordneten alleine regiert, bleibt damit weiter bestehen. Präsident Ilir Meta, ehemals LSI, hat sich in den vergangenen Jahren mehrfach aus der für ihn verfassungsmäßig vorgesehenen repräsentativen Rolle begeben und versucht, aktiv in das politische Geschehen und gegen die Regierung einzutreten. 2022 wird ein_e neue_r Präsident_in gewählt.

Doch neben der aktuellen politischen Situation sind die weit- aus bedeutenderen Fragen, ob und wie politische Aushandlungsmechanismen mittel- und langfristig neugeordnet werden können, um demokratische Institutionen zu konsolidieren. Dies ist die zentrale Reformaufgabe für die kommenden Jahre. Erste wichtige Schritte sind bereits im Justizsektor erfolgt. In einem umfassenden *Vetting*-Verfahren wird die Eignung von Richter_innen und Staatsanwält_innen geprüft, auch indem sie ihre Vermögen offenlegen müssen. Zahlreiche Jurist_innen haben durch dieses Verfahren bereits ihre Posten räumen müssen oder vor einer Prüfung freiwillig geräumt. Zudem wird der gesamte Justizsektor institutionell neu aufgestellt. Auch in Legislative und Exekutive sollen in Zukunft vermehrt ähnliche Verfahren durchgeführt werden. So hat die Sonderstaatsanwaltschaft zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität 2020 ihre Arbeit aufgenommen

und bereits einige Fälle bearbeitet. Diese Initiativen haben transformatives Potenzial, bleiben damit jedoch politische Kraftakte, denen sich Profiteur_innen des Status quo in allen Bereichen entgegenstellen.

Derartige Reformen hängen eng mit dem Ziel eines EU-Beitritts des Landes zusammen, deren Konditionalitäten einen Hebel für Wandel bieten. Denn sowohl in der Bevölkerung als auch in allen relevanten politischen Lagern ist bislang der Wunsch stark, in Beitrittsverhandlungen einzutreten. Ende März 2020 wurde die Eröffnung von Beitrittsgesprächen nach Erfüllung eines Vorbedingungskatalogs angekündigt, sie ist bis zum März 2022 jedoch noch nicht erfolgt. Es ist fraglich, ob die transformative Strahlkraft der EU anhält, sollte die Eröffnung von Verhandlungen weiter verschoben werden.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Bis zu dem schweren Erdbeben von 2019 und der Covid-19-Pandemie verfügte Albanien über ein konstant moderates Wachstum. Im Jahr 2018 wuchs das BIP noch um 4,0 Prozent und 2019 dann um 2,2 Prozent, bis es 2020 um 3,3 Prozent schrumpfte. Neben fehlenden Steuereinnahmen durch den wirtschaftlichen Einbruch, ausbleibenden Exporte und dem niedrigen Ölpreis stiegen staatliche Ausgaben für die soziale Sicherung im Rahmen der Pandemie und für den Wiederaufbau als Folge des Erdbebens. Die Volkswirtschaft erholte sich jedoch bereits 2021 und es wird ein Wachstum für ca. 7 Prozent für das vergangene Jahr angenommen. Auch die Staatsverschuldung war zunächst leicht gesunken und lag 2019 bei 66,2 Prozent. 2020 stieg sie auf 83,3 Prozent und wird 2021 auf eine ähnliche Höhe geschätzt. Aufgrund der globalen Situation ist noch unklar, wie sich die albanische Volkswirtschaft 2022 entwickeln wird.

Mit 48,6 Prozent Anteil am BIP sind Dienstleistungen der größte Sektor, gefolgt von Industrie und Baugewerbe mit 21,1 Prozent und Landwirtschaft mit 18,6 Prozent. Vor der Pandemie waren vor allem der Energie- und der Bausektor

sowie der Tourismus die wesentlichen Wachstumsbranchen. Daneben wuchs auch die Bekleidungs- und Schuhindustrie. Letztere sowie insbesondere der Tourismus wurden stark von der Pandemie getroffen, haben sich 2021 jedoch bereits erholt. Mit dem Anziehen der wirtschaftlichen Aktivität werden die Einnahmen bereits für 2021 wieder bei 27,4 Prozent des BIP geschätzt, was fast dem Vorkrisenniveau entspricht.

Der wirtschaftliche Schock von 2020 machte auch die strukturellen Defizite des albanischen Wirtschaftsmodells und seiner sozialen Auswirkungen deutlich. Die albanische Volkswirtschaft basiert auf Niedriglohnbeschäftigung und produziert eine hohe Ungleichheit in Einkommen und vor allem in Vermögen. So ist der albanische Mindestlohn in den vergangenen Jahren zwar deutlich gestiegen, bildet mit monatlich ca. 255 Euro (seit 2022) jedoch weiterhin das Schlusslicht im Eurostat-Vergleich. Der offizielle Durchschnittslohn formeller Lohnarbeit ist in den vergangenen Jahren gestiegen und liegt bei ca. 477 Euro. Allerdings besteht trotz gezielter Bestrebungen zur Formalisierung weiterhin ein bedeutender informeller Sektor, der auf einen Anteil von über der Hälfte der Beschäftigten geschätzt wird. Zudem ist der Anteil der Selbstständigen und der Kleinstunternehmen der höchste in der Region.

Mit dem Versuch, komparative Vorteile über niedrige Löhne zu erhalten, korrelieren fehlende Investitionsbereitschaft und wenig technologischer Fortschritt. Es gibt bisher kaum industriepolitische Ansätze, um die albanische Wirtschaft auf eine höhere Wertschöpfungsstufe zu heben. Neben relativ einfachen Fertigungsprozessen (z.B. im Textilsektor) wird auch im wachsenden Dienstleistungssektor und in der traditionell wichtigen Landwirtschaft (36 Prozent aller Beschäftigten arbeiten hier) nicht strategisch investiert. Dienstleistungen im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen sind häufig auf kurzfristige Profite ausgelegt. Ein Zusammenhang zu den Unsicherheiten der Umbrüche in den letzten Jahrzehnten ist wahrscheinlich. Mit Ende des Kommunismus wurde der Markt unbegrenzt geöffnet und ein maximaler Rückzug des Staates auch von internationalen Gebern gefördert. Ergebnis war nicht nur eine offene Volkswirtschaft. Der ungezähmte Kapitalismus führte zu einem Verharren auf einer niedrigen Wertschöpfungsstufe, hoher Ungleichheit und einer unzureichenden Bereitstellung öffentlicher Güter. Letzteres zeigt sich insbesondere in Hinblick auf die soziale Sicherung. Es gibt lediglich eine rudimentäre Zahlung bei Armut und Arbeitslosigkeit.

Die offizielle Arbeitslosenrate liegt bei 11,4 Prozent (Q4 2021), wobei ca. ein Fünftel der jungen Menschen zwischen 15 und 29 Jahren weder in der Schule, einer Ausbildung noch einer Beschäftigung sind. Entsprechend äußern mehr als die Hälfte der 14- bis 29-Jährigen den Wunsch, ins Ausland zu emigrieren, wo sie sich einen höheren Lebensstandard und bessere Beschäftigungsmöglichkeiten versprechen. Die Inflationsrate lag 2021 bei 2,0 Prozent (seit 2012 zwischen 1,3 und 2,1 Prozent). Für 2022 wird aufgrund der steigenden Energie- und Lebensmittelpreise eine höhere Inflation erwartet.

Die albanische Bevölkerung ist vergleichsweise jung, wobei das Durchschnittsalter in den vergangenen Jahren angestiegen ist. Ein ähnlicher demografischer Wandel wie im Rest Europas ist also zeitversetzt zu erwarten. Die Migration junger Menschen, die zusätzlich durch Anwerbeprogramme aus Deutschland und anderen Ländern unterstützt wird, trägt damit nicht nur zu einer Abwanderung von Fachkräften, sondern auch zu einer Verschiebung der Altersgruppen in der Gesellschaft bei.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Die Sichtbarkeit der Gewerkschaften in der albanischen Öffentlichkeit ist gering. Doch trotz des begrenzten gesellschaftlichen und politischen Einflusses wurden in den vergangenen Jahren einige Gewerkschaftsinitiativen durchgeführt:

- Im April 2021 legten die Fluglots_innen des Flughafens Tirana ihre Arbeit nieder. Sie wählten dafür eine regulär vorgesehene Regelung für die Anzeige von Arbeitsüberlastung und Stress, die sie von der Flugaufsicht entbinden muss und aus Sicherheitsgründen für eine bestimmte Zeit administrative Aufgaben zuteilt. Diese Form des Protests war gewerkschaftlich organisiert, jedoch kein offizieller Streik, der dieser Berufsgruppe in Albanien anders als andernorts untersagt ist. Die Arbeitsniederlegung war eine Reaktion auf eine Lohnkürzung von ca. 60 Prozent, die elf Monate zuvor ohne Gewerkschaftskonsultation erfolgt war. In der Folge wurden türkische Fluglots_innen als Ersatz eingeflogen. Drei Mitarbeiter wurden entlassen. Sie wurden vorübergehend verhaftet und strafrechtliche Verfahren gegen sie eröffnet. Die Verfahren sind noch nicht abgeschlossen. Neben der strafrechtlichen Dimension des Verfahrens wird Ihnen auch ein politischer Hintergrund des Protests vorgeworfen, da dieser zwei Wochen vor der albanischen Parlamentswahl stattfand.
- Im Mai 2021 wurden 20 Mechaniker und Elektriker aus Wasserkraftwerken der türkischen Kurum Holding entlassen. Bereits 2013, nach der Privatisierung der Kraftwerke, wurde die Belegschaft von 163 auf 43 Beschäftigte reduziert. Die erneute Kündigungswelle widersprach vorherigen Versicherungen auf Arbeitsplatzsicherheit des Arbeitgebers und dem Tarifvertrag. Es folgten Streik und Proteste. Das Unternehmen suspendierte daraufhin die Streikenden und setzte den Gewerkschaftsausschuss unter Druck.
- Im Oktober 2021 gelang es den Arbeitnehmer_innen eines Tochterunternehmens des italienischen Beleuchtungsunternehmens Arditì eine substantielle Lohnerhöhung zu erzielen. Die Einigung folgte einer 15-tägigen Arbeitsniederlegung und wurde von dem Solidaritätszentrum *Bashkimi i Sindikatave te Pavarua te Shqiperise* (BSPS, Union Unabhängiger Gewerkschaften Albanien) und der Unabhängigen Gewerkschaft der Bergarbeiter Albanien (SPMSH) mit internationaler Unterstützung erreicht.

- Im Dezember 2021 wurde beim Call-Center-Unternehmen Teleperformance ein Tarifvertrag abgeschlossen. Dem vorausgegangen waren ein umfassendes Organising durch die Gewerkschaft für Post und Telekommunikation (SPPTSH) und langwierige Verhandlungen. Das Ergebnis ist der erste Tarifvertrag in diesem Sektor, der insbesondere eine Gehaltserhöhung vorsieht.
- Im Februar 2022 protestierten die Angestellten einer Schneiderei in Bilisht und blockierten die Straßen im Stadtzentrum. Grund für die Proteste war ihre Bezahlung unterhalb des gesetzlichen Mindestlohns. Die Forderungen nach legalen Löhnen wurde von der Finanz- und Wirtschaftsministerin Delina Ibrahimaj aufgegriffen, die neue Verträge forderte und weitere Inspektionen landesweit ankündigte. Zivilgesellschaftliche Organisationen versuchen vermehrt, im Textilsektor gegen die gesetzeswidrigen Löhne und schlechten Arbeitsbedingungen anzugehen. Sie unterstützten die Gründung einer Gewerkschaft, der bereits 90 Prozent der Beschäftigten des Betriebs beigetreten sind. Noch ist unklar, ob es zu Gesprächen oder sogar Tarifverhandlungen zwischen der neuen Gewerkschaft und dem Arbeitgeber kommen wird.
- Zur Bekämpfung von Schulabbrüchen und Kinderarbeit führen die Gewerkschaften FSAH (Gewerkschaftsföderation für Bildung und Wissenschaft Albanien) und SPASH (Unabhängige Bildungsgewerkschaft Albanien) gemeinsam mit internationalen Partnern ein Projekt durch, das Schulungen von Lehrkräften und Arbeitsgruppen aus Schulleitung, Gewerkschaft, Lehrkräften, Eltern und Schülervertreter_innen vorsieht. Die Zahl der Schulabbrüche wurde damit deutlich reduziert und die Reintegration von Schulabbrecher_innen gefördert.

GEWERKSCHAFTEN IN ALBANIEN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Im Gegensatz zu anderen Europäischen Ländern gibt es in Albanien keine historisch gewachsene Gewerkschaftsbewegung. In der Zeit der Diktatur (1944-1990) war die Gewerkschaft Teil der Einheit von Staat und Partei und damit lediglich eine Propagandaorganisation des Regimes. Einen sozialen Dialog gab es weder am Arbeitsplatz noch auf Sektor- oder nationaler Ebene. Nach dem Zusammenbruch des Regimes und mit der Einführung der Marktwirtschaft war der Staat nicht länger die einzige Kraft zur Organisation der Gesellschaft und auch nicht mehr der einzige Arbeitgeber. Gewerkschaften und Verbände gründeten sich und gruppieren sich unter der Führung von zwei Konföderationen, die wenige Monate nach dem Zusammenbruch des Regimes entstanden waren und bis heute bestehen. Es sind die Konföderation der Gewerkschaften Albanien (Konfederata e Sindikatave të Shqipërisë, KSSH) und die Union der Unabhängigen Gewerkschaften Albanien (Bashkimit të Sindikatave të Pavarura të Shqipërisë, BSPSH). KSSH wurde am

5. Juni 1991 gegründet und ist aus der kommunistischen Staatsgewerkschaft hervorgegangen. BSPSH wurde in politischer Opposition zum kommunistischen Regime am 11. März 1991 gegründet. Sie war eine der ersten demokratischen Organisationen des Landes und spielte Anfang der 1990er Jahre eine wichtige Rolle bei der Überwindung des Kommunismus. Die Trennung dieser Dachverbände auch entlang parteipolitischer Zugehörigkeiten war von Beginn an angelegt und existiert bis heute fort.

Seit dem Fall des Kommunismus haben sich in Albanien mehr als 80 aktive Gewerkschaften gegründet. Ein Großteil von ihnen arbeitet als Mitglieder der beiden Dachverbände. Daneben gibt es einige von KSSH und BSPSH unabhängige Gewerkschaften, die teils Abspaltungen einer Dachverbands-gewerkschaft sind.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Es gibt keine verlässlichen Zahlen zum Organisationsgrad in Albanien. Es ist davon auszugehen, dass dieser im öffentlichen Sektor vergleichsweise hoch ist und bei über 60 Prozent liegt. Im Privatsektor ist dieser hingegen gering, in der privaten Landwirtschaft gibt es kaum Gewerkschaftsmitglieder. Entsprechend werden die meisten Tarifverträge im öffentlichen Sektor abgeschlossen. Die Gewerkschaften im privaten Sektor sind wesentlich schwächer. Beispielhaft ist der Textilsektor, der sich in den vergangenen Jahren stark entwickelt hat. Hier gibt es de facto nur sehr eingeschränkt unabhängige Gewerkschaftsarbeit und Beschäftigte sind sich der Existenz der Gewerkschaft größtenteils nicht bewusst. Entsprechend sind die Arbeitsbedingungen in der Textilbranche weiterhin schlecht und die Löhne niedrig.

Die beiden großen Konföderationen KSSH und BSPSH vertreten ca. 90 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder in Albanien. Sie sind in allen zwölf Regionen des Landes vertreten und agieren hauptsächlich in folgenden Sektoren: Bildung und Wissenschaft, Verwaltung, Metallurgie und Telekommunikation. Beide Dachverbände geben an, dass sie sowohl im öffentlichen Sektor als auch in privaten Unternehmen wachsen.

Der aktuelle KSSH-Vorsitzende, Kol Nikollaj, übt sein viertes Mandat aus. Er wurde auf dem sechsten Kongress der KSSH am 9. November 2019 in geheimer Abstimmung wiedergewählt. Er war der einzige Kandidat und sein Mandat gilt für fünf Jahre bis zum nächsten Kongress. KSSH vereint zehn Föderationen unter ihrem Dach. Elf Föderationen sind Teil von BSPSH. Am 18. September 2020 fand ihr siebter Kongress statt. Die Wahl des Präsidenten wurde wie zuvor per öffentlicher Abstimmung bei nur einem Kandidaten durchgeführt. Gezim Kalaja wurde zum vierten Mal wiedergewählt (Mandatsdauer ebenfalls fünf Jahre bis zum nächsten Kongress).

In beiden Dachverbänden ist die innergewerkschaftliche Mitbestimmung sehr eingeschränkt und es ist in der aktuellen Konstellation kein Wandel in den Organisationen und ihren Arbeitsweisen zu erwarten. Allerdings gab es in den vergangenen Jahren verschiedene Neugründungen und Erneue-

Tabelle 1

Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Albanien

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Konfederata e sindikatave te Shqiperise, KSSH (Konföderation der Gewerkschaften Albanien)	Vorsitz: Kol Nikollaj	115 000	IGB, PERC
Bashkimi i Sindikatave te Shqiperise, BSPSH (Bund der Unabhängigen Gewerkschaften Albanien)	Vorsitz: Gezim Kalaja	82 500	IGB, PERC

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in Albanien

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Sindikata e Pavarur e Arsimi te Shqiperise, SPASH (Unabhängige Gewerkschaft für Bildung Albanien)	BSPSH	Vorsitz: Nevruz Kapteili	11 000	ETUCE, EI
Federata e Sindikatave te punonjesve te Industrise, FSPISH (Gewerkschaftsföderation der Industriearbeiter_innen)	KSSH	Vorsitz: Taf Koleci	10 000	IndustriALL, Industrie Europe, PSI, EPSU
Federata e Sindi-katave te Punonjesve te Arsimi, Edukimit dhe Shkences, FSPAESH (Föderation für Gesundheit Albanien)	KSSH	Vorsitz: Petrit Frangu	35 000	–
Sindikata e Punonjesve e Poste-Telekomit Shqiptar, SPPTSH (Albanische Gewerkschaft der Post- und Telekommunikationsangestellten)	–	Vorsitz: R enato Mucaj	850	UNI Europa, UNI Global
Sindikata e Re e Naftëtarëve Shqiptarë, SRNSH (Neue Gewerkschaft Albanischer Ölarbeiter_innen)	–	Vorsitz: Kostandin Kina	2 583	–

rungsprozesse in bestehenden Branchengewerkschaften, die für eine andere Art der Gewerkschaftsarbeit stehen. Diese Gewerkschaften versuchen, Mitglieder stärker einzubeziehen und substantiellere Tarifverträge auszuhandeln. Diese Initiativen sind jedoch noch schwach und angesichts des schlechten Images der Gewerkschaften in Albanien sowie der erschwerten Arbeitsbedingungen bleibt Wandel eine große Herausforderung.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Nach dem albanischen Arbeitsgesetz können Gewerkschaften von mindestens 20 Arbeitnehmer_innen gegründet werden. Sie müssen zur Unterzeichnung des Gründungsgesetzes und der Satzung vor einem Notar erscheinen und sich anschließend beim Bezirksgericht Tirana registrieren lassen. Erst dann gelten Gewerkschaften als legal und dürfen ihre Tätigkeiten aufnehmen.

Der größte Teil der Gewerkschaftseinnahmen kommt aus dem Gewerkschaftsvermögen. Dieses Vermögen stammt von

der kommunistischen Staatsgewerkschaft und wurde nach dem Sturz des Regimes aufgeteilt und den neuen Gewerkschaften für 30 Jahre überlassen. Je 45 Prozent des Vermögens können die beiden großen Dachverbände KSSH und BSPSH nutzen, 5 Prozent die Bergbaugewerkschaft und 5 Prozent sind auf andere Gewerkschaften verteilt. Es handelt sich dabei vor allem um Immobilien wie beispielsweise Erholungsheime, Kulturräumlichkeiten und Spielsäle. Dieses Vermögen trägt wesentlich dazu bei, dass die Konföderationen nur wenig bemüht sind, Mitgliedsbeiträge verbindlich festzulegen und einzutreiben. Auch eine professionelle Mitgliederwerbung findet kaum statt. Zwar sollten die Nutzungsrechte im Jahr 2020 auslaufen, doch die Regierung hat dies nicht eingefordert und die Immobilien werden weiter genutzt. Die Aberkennung der Nutzungsrechte hätte dramatische Auswirkungen auf die Dachverbände und würde einen Strategiewechsel notwendig machen.

Nach den Parlamentswahlen im Juni 2017 hat der wiedergewählte Premierminister Edi Rama das Ministerium für Wohlfahrt und Soziales (Arbeitsministerium) aufgelöst und auch zur neuen Legislatur 2021 nicht erneut geschaffen. Die Be-

fugnisse dieses Ministeriums wurden zwischen dem Ministerium für Wirtschaft und Finanzen und dem Ministerium für Gesundheit und Soziale Sicherheit aufgeteilt. Bemerkenswert ist, dass viele Direktorate des ehemaligen Arbeitsministeriums nicht mehr funktionsfähig sind, z. B. das Direktorat für Arbeitsbeziehungen, welches sich mit Schlüsselthemen wie Tarifverhandlungen, Mediation, Schiedsverfahren und anderen arbeitsrelevanten Themen befasst hatte.

Die albanische Regierung hat bisher 54 ILO-Übereinkommen ratifiziert. 45 davon sind in Kraft, darunter sind alle ILO-Kernarbeitsnormen. Entsprechend sind die formellen Rechte zur Organisation, Versammlung und Streik gegeben. De facto ist unabhängige Gewerkschaftsarbeit jedoch nicht in allen Wirtschaftsbereichen möglich. Unternehmen üben teils Druck auf die Beschäftigten aus, um sie von Gewerkschaftsmitgliedschaften und insbesondere von aktiver Gewerkschaftsarbeit abzubringen. Aufgrund des auf Niedriglöhnen basierenden Wirtschaftsmodells werden Gewerkschaftsaktivitäten als kontraproduktiv und standortschädigend angesehen. Entsprechend erschwert ist genuine Vertretung von Arbeitnehmer_inneninteressen. Dass Gewerkschaften zudem ein schlechtes Image in weiten Teilen der Gesellschaft haben, ist eine zusätzliche Hürde.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Der Großteil der Tarifverhandlungen findet auf Unternehmensebene statt, darüber hinaus bestehen Branchentarifverträge auf nationaler oder regionaler Ebene. Es verhandeln Arbeitgeber mit der im Betrieb oder der Branche vertretenen Gewerkschaft. In Ausnahmen verhandeln mehrere Gewerkschaften gemeinsam, wie beispielsweise im Bildungsbereich. Die Vereinbarungen regeln eine Lohnuntergrenze, Abfindungen, Überstunden, Vertragslaufzeiten sowie die Freiheit von gewerkschaftlichen Aktivitäten. Tarifverhandlungen auf Branchenebene beziehen in der Regel alle relevanten Unternehmen ein. Der Grad der Tarifbindung ist im öffentlichen Sektor im Vergleich zu dem privaten Sektor hoch, es fehlen jedoch genauere Angaben zur Tarifabdeckung.

Der Nationale Arbeitsrat (NAR), das höchste Gremium des tripartiten Sozialdialogs, hat sehr begrenzten Einfluss. Obwohl neue Kriterien für die Vertretung im NAR vor über einem Jahr beschlossen wurden, ist dieser Rat noch nicht konstituiert. Die Gründe hierfür sind unklar, denn das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft äußert sich nicht zu dieser Frage. Bereits in der Vergangenheit wurde der NAR oft für längere Phasen nicht zusammengerufen. Der Rat ist rein konsultativ und soll Empfehlungen an den Ministerrat und die entsprechenden Ministerien abgeben. Den Vorsitz dieses Gremiums hält das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft inne. Der NAR besteht aus 27 Mitgliedern und 27 Vertreter_innen. Die Sozialpartner (Arbeitgeber und Arbeitnehmer_innenvertretungen) sind mit jeweils zehn Mitgliedern und die Regierung mit sieben Mitgliedern vertreten. Im Jahr 2019 wurde eine tripartite Arbeitsgruppe eingerichtet, um diese Vertretungskriterien der Sozialpartner im NAR

festzulegen. Lediglich die beiden Dachverbände, nicht jedoch andere (unabhängige) Gewerkschaften, waren an diesem Prozess beteiligt.

Die Hauptanliegen der Gewerkschaften in den letzten Jahren sind die Folgenden:

- Kampf gegen Informalität,
- Erhöhung des Mindestlohns,
- Sicherheits- und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (insbesondere im Bergbau),
- Die Ausweitung der Gewerkschaften im Privatsektor, insbesondere in der Call-Center- und in der Textilbranche.

Im Privatsektor wurden Aufklärungskampagnen zur Einrichtung von Gesundheits- und Arbeitsschutzräten durchgeführt. Des Weiteren gibt es eine Initiative, um ein Gesetz zur Einrichtung von Betriebsräten auszuarbeiten. Das derzeit geltende Gesetz regelt die Aufgaben und Funktionen von Betriebsräten nicht.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Dass der Premierminister mit ironischem Unterton mehrfach die Attraktivität des Investitionsstandorts Albanien mit dem Fehlen effektiver Gewerkschaften belegte, beschreibt die schwache Bedeutung, die ihnen aktuell beigemessen wird. Ebenso charakterisiert es das vorherrschende Wirtschaftsmodell, welches mangels technologischer Wettbewerbsfähigkeit weiterhin auf einen komparativen Vorteil durch niedrige Lohnkosten setzt. Insgesamt ist also der Einfluss der Gewerkschaften beschränkt, was sich nicht nur am geringen Lohn, sondern auch an den schlechten Arbeitsbedingungen in einigen Branchen und im fehlenden Einfluss auf die Gesetzgebung zeigt.

Das begrenzte gesellschaftspolitische Gewicht der Gewerkschaften korreliert mit einem Image in der Bevölkerung, das von einer wahrgenommenen eingeschränkten Repräsentativität und fehlender interner Demokratie, von parteipolitischen Verbindungen und Abhängigkeiten sowie von Intransparenz bezüglich des Gewerkschaftsvermögens geprägt ist. Laut einer Studie über die öffentliche Wahrnehmung von Gewerkschaften in Albanien aus dem Jahr 2018 sind sowohl Gewerkschaftsmitglieder als auch Nichtmitglieder der Meinung, dass sich politische Eingriffe negativ auf die Aktivitäten der Gewerkschaften auswirken. Darüber hinaus sind beide Gruppen der Ansicht, dass Gewerkschaften kaum Einfluss auf die staatliche Beschäftigungspolitik haben. Die politischen Parteien haben wiederholt um die Unterstützung der Konföderationen in Bezug auf Reformen und Kampagnen gebeten, aber wenig Interesse an einer Befähigung und Stärkung der Gewerkschaften für einen effektiven sozialen Dialog gezeigt.

Alternative Formen der Arbeitnehmer_innenvertretung wurden in den letzten Jahren vermehrt genutzt. So versuchen zivilgesellschaftliche Organisationen, die Rechte von Arbeitnehmer_innen im Privatsektor zu schützen. Dies geschieht

bisher vor allem im Bergbau, im Textilsektor und im Call-Center-Bereich. Die Aktivitäten konzentrieren sich auf Aufklärungsarbeit und auf die Unterstützung von Gewerkschaftsgründungen. Teils werden Gewerkschaftsaufgaben wie die Kommunikationsarbeit übernommen und durch eigene Inhalte ergänzt. Hier bleiben Fragen, ob das Ownership der Gewerkschaftsmitglieder in allen Fällen gegeben ist.

Stine Klapper, *Leiterin des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tirana*

Genci Lamllari, *Programmkoordinator für Gewerkschaften in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tirana*

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Globale und Europäische Politik | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Dr. Marc Meinardus
Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika
marc.meinardus@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.